

ERGÄNZENDE BEMERKUNGEN ZUR MÜNCHENER MINISTERPRÄSIDENTEN-KONFERENZ 1947

Eine nachträgliche Zuschrift, die Publikation eines Buches und die vorstehenden Ausführungen von Theodor Eschenburg veranlassen, zu meinem Aufsatz „Der innerdeutsche Konflikt und die Ministerpräsidenten-Konferenz in München 1947“ in Heft 2/1972 dieser Zeitschrift einige ergänzende Feststellungen zu machen:

Die Haltung der Besatzungsmächte

Wie aus meinem Aufsatz hervorgeht und durch die darin zitierte Aussage von General Clay erhärtet wird, läßt sich die Behauptung, die Tagesordnung der Konferenz sei im wesentlichen von der amerikanischen Besatzungsmacht festgelegt worden, nicht mehr aufrechterhalten. Es wäre jedoch falsch, daraus zu folgern, daß seitens der Einladenden ohne Absicherung mit den Besatzungsmächten verfahren worden wäre. Inwieweit auf die Wünsche der Besatzungsmächte Rücksicht genommen wurde, geht aus einer Zuschrift¹ des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard hervor:

„Als erstes mußte ich selbstverständlich das Einverständnis der für Bayern zuständigen Militärregierung herbeiführen, ehe ich eine offizielle Einladung aussprechen konnte. Ich verhandelte persönlich mit General Clay. Er war von dem Gedanken der Konferenz nicht gerade erbaut, erhob aber doch keine grundsätzlichen Einwände. Auch meine Kollegen in der britischen Zone erhielten die Genehmigung von ihrem Oberbefehlshaber ohne besondere Schwierigkeit. Die Franzosen dagegen waren bis zum letzten Augenblick sehr zurückhaltend; und die Kollegen der französischen Zone mußten schon recht ‚zäh‘ verhandeln, bis General König sehr zögernd seine Zustimmung erteilte. . . .

Schließlich hatten aber alle Oberbefehlshaber der westlichen Zonen ihre Genehmigung erteilt. *Alle* machten den Vorbehalt, daß *zwar* wirtschaftliche Dinge (Wirtschaftsnot, Ernährungsnot, Flüchtlingseleid, Sorge um die Kriegsgefangenen und Suche nach Vermißten usw.) besprochen werden konnten, daß *aber* über die künftige Gestaltung Deutschlands nicht verhandelt werden dürfe. Dieser Vorbehalt wurde von den Franzosen so stark betont, daß die Kollegen der französischen Zone angewiesen waren, die Konferenz sofort zu verlassen, wenn dagegen verstoßen würde.“

Diese Ausklammerung des Problems der künftigen politischen Gestaltung Deutschlands entsprach aber auch den Absichten der Ministerpräsidenten der drei

¹ Schreiben Dr. Hans Ehards vom 7. Mai 1972 an den Verfasser. Hervorhebungen durch Dr. Ehard.

Interessanterweise betont Ehard in dem Schreiben auch, daß Gimbel ihn in der Sache nie befragt hat.

westlichen Besatzungszonen. Dr. Ehard schreibt weiter: „Am 30. 5. 47 machten die Ministerpräsidenten der britischen Zone in einer Besprechung in Hannover ihrerseits Vorschläge zur Tagesordnung. Sie stimmten mit uns überein, daß alle rein politischen Themen als nicht in die Kompetenz der Ministerpräsidenten gehörend anzusehen waren.“² Das bedeutete von vornherein eine Einschränkung der Konferenzthematik seitens der Einladenden, die aber natürlich die Erörterung wirtschaftspolitischer Fragen und das Problem des Verhältnisses zu den Besatzungsmächten nicht ausschloß. Der Antrag der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone war aber eindeutig darauf gerichtet, diese Einschränkung zu durchbrechen.

Die Rolle des thüringischen Ministerpräsidenten Rudolf Paul

Rudolf Paul hat nach seiner Flucht nach Westdeutschland in seiner Darstellung der Vorgänge³ auf der Konferenz einerseits von einer strikten Direktive der sowjetischen Besatzungsmacht berichtet, andererseits aber seine eigene äußerst weitgehende Kompromißbereitschaft betont und die völlige Unnachgiebigkeit der westdeutschen Konferenzteilnehmer, besonders Dr. Ehards, behauptet. Dem stehen Zeugenberichte von westdeutscher Seite entgegen, die den andersgearteten Eindruck Eschenburgs erhärten. Carlo Schmid erklärte dem Verfasser⁴, Paul sei der schärfste Verfechter des ostzonalen Antrages gewesen und habe in der abendlichen Vorkonferenz nicht die geringste Kompromißbereitschaft gezeigt. Seiner Meinung nach habe die ostzonale Delegation Wert darauf gelegt, durch ein besonders festes Auftreten Prestige zu gewinnen und im Sinne der sowjetischen Politik zu wirken. Dr. Ehard schreibt über den Verlauf der Vorkonferenz⁵: „Ihre Frage, ob Herr

² Dr. Ehard bestätigt in diesem Zusammenhang, daß er an dieser Konferenz nicht teilgenommen hat.

³ Rudolf Paul, Vor zehn Jahren wurde Deutschland um eine Hoffnung ärmer, in: Schwäbische Landeszeitung vom 16. Nov. 1957, S. 24f.

⁴ Schriftliche Mitteilung Carlo Schmid an den Verfasser vom 12. April 1972 und Gespräch mit diesem am 24. April 1972.

⁵ Siehe Anmerkung 1. Zu der auch von Grünwald im Vorwort seines Buches aufgeworfenen Behauptung der Existenz von „geheimen“ Protokollen dieser Vorkonferenz und der Sitzungen am 6. und 7. Juni schreibt Dr. Erhard am 1. 9. 72 an den Verfasser:

„Das Gerede von den geheimen Protokollen über die Ministerpräsidentenkonferenz vom 6./7. 6. 1947, deren Einsicht ich verweigern soll, will nicht zur Ruhe kommen. Es gibt über die Konferenz keine geheimen Protokolle. Die Konferenz war öffentlich, alles, was dort gesprochen und beschlossen worden ist, ist gedruckt und veröffentlicht.“

Eine Besonderheit gilt für die nichtöffentliche Vorkonferenz vom 5. 6. 1947 abends. In dieser Vorkonferenz sollte nur die Frage der Tagesordnung besprochen werden. Es gibt kein Wortprotokoll über diese Vorkonferenz, dagegen ist eine Niederschrift über die wesentlichen Punkte angefertigt worden. Diese Niederschrift wurde nicht veröffentlicht, und zwar auf Wunsch der Vertreter der französischen Zone.“

Zitate aus der Niederschrift über die Vorkonferenz bei Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963, S. 97 f.

Ministerpräsident Paul seinerzeit so etwas wie einen Vermittlungsvorschlag machte, muß ich mit einem glatten Nein beantworten. Paul war einer der heftigsten Verfechter des Antrages der Ostzone. Während die Debatte zunächst sachlich und in gehöriger Form ablief, wiederholte Paul plötzlich sein Verlangen mit großer Schärfe und in einer persönlich aggressiven Form. Ich bat daraufhin, doch nicht diese Schärfe und persönlichen Angriffe in die Diskussion hineinzubringen. Das sei bisher von keiner Seite geschehen. Paul erklärte daraufhin, er halte es für geboten, daß er sich mit den anderen Vertretern der Ostzone zurückziehe. – Ohne weitere Worte abzuwarten, verließen nun die Vertreter der Ostzone plötzlich das Zimmer und berieten gesondert in einem anderen Raum. Ich suchte sie hier noch einmal auf, konnte sie aber auch da nicht umstimmen. Nach etwa einer Stunde erschienen sie nur noch kurz bei der Vorkonferenz, und nur, um durch ihren Sprecher, Ministerpräsident Dr. Steinhoff, Mark Brandenburg, der übrigens an den vorhergegangenen Beratungen am gleichen Abend nicht teilgenommen hatte, sondern verspätet eingetroffen war, erklären zu lassen, daß sie an der weiteren Tagung nicht teilnehmen könnten.“

Die nachträglichen Ausführungen Pauls in der westdeutschen Presse sind also mit Vorsicht zu benutzen und keinesfalls als „zeitgeschichtliches Dokument hohen Ranges“, wie Ernst Deuerlein⁶ meinte, zu bewerten.

Kurt Schumacher und die Haltung der SPD

Der Verfasser der oben bereits erwähnten neuen Monographie⁷ über die Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, Wilhard Grünewald, geht sehr ausführlich auf diese Frage ein. Er gibt die Schuld am Nichtzustandekommen der Konferenz der starren Haltung der SPD, der auch Ministerpräsident Ehard nicht entgegengetreten sei. Wenn Grünewald dabei aufgrund vorwiegend ostzonaler Presseberichte zusammenfassend schlichtweg schreibt⁸, die SPD-Regierungschefs hätten bei der Frankfurter Besprechung am 31. 5./1. 6. 1947 „auf Betreiben Dr. Schumachers den Auftrag“ bekommen, „die Teilnahme ihrer SED-Kollegen an der Münchener Konferenz zu verhindern“, so ist das doch eine zu weit gehende Behauptung. Die starken Vorbehalte seitens der SPD gegen die SED-Ministerpräsidenten werden in der vorstehenden Schilderung Eschenburgs sehr deutlich. Diese Vorbehalte allein führten aber keineswegs von vornherein zu einer Blockierung der gesamtdeutschen Konferenz, sondern konnten dank der vorausgehenden Bemühungen Ehards, die brisanten politischen Themen von der Tagesordnung fernzuhalten, zurückgedrängt werden.

⁶ Schwäbische Landeszeitung vom 16. Nov. 1957, S. 25.

⁷ Wilhard Grünewald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, herausgegeben von Wolfgang Abendroth, Band 21), Meisenheim am Glan 1971, 555 Seiten.

⁸ Ebenda, Seite 191.

Daß der SPD-Parteivorstand der Ehardschen Einladung anfänglich nicht wohlwollend gegenüberstand, geht aus der sehr scharfen Erklärung vom 11. Mai hervor. Eine Woche später stellte Schumacher in einer Rede in Kassel die Legitimation der ostzonalen Ministerpräsidenten in Frage. Aber er fügte hinzu: „Mögen die Dinge aber sein, wie sie wollen, die praktische Hilfe und die praktische Betätigung soll das Entscheidende sein.“⁹ Während der Frankfurter Konferenz erklärte Schumacher am 31. Mai über den Frankfurter Rundfunk: „Wir würden es begrüßen, wenn die Ministerpräsidenten der Ostzone in München erscheinen würden. Wir halten es für selbstverständlich, daß sich die anderen Ministerpräsidenten nicht vom totalitären Lärm der schwarz-weiß-roten Kommunisten erpressen lassen. Für ebenso selbstverständlich erachten wir aber auch, daß sie nicht mit einer staatsrechtlichen Konzeption für Deutschland antworten, die föderalistisch ist. Die Münchener Konferenz soll praktische Erfolge bringen. Voraussetzung ist die kluge Selbstbeschränkung auf die Erörterung der Nöte des Tages und ihre Überwindung mit konkreten und möglichen Mitteln. . . . Jeder denkbare Erfolg wäre aber vereitelt, wenn Themen diskutiert würden, die mit den aktuellen Sorgen des Lebens nichts zu tun haben. Niemand ist in München dazu legitimiert, die Möglichkeiten einer zukünftigen Reichsverfassung auch nur in der Tendenz vorwegzunehmen.“¹⁰ Demnach stellt sich folgender Sachverhalt dar: Die SPD-Konferenz beschloß in Frankfurt, sich einer Teilnahme der ostzonalen Vertreter nicht zu widersetzen, jedoch politische, speziell verfassungsrechtliche Diskussionen entschieden abzulehnen. Das entsprach genau dem Beschluß der Länderchefs der britischen Zone am 30. Mai in Hannover und war auch die Absicht Ehards. Als dann die Ministerpräsidenten der Ostzone eine andere Marschroute einschlugen und einen hochpolitischen Antrag einbrachten, dem die westdeutsche Seite nicht zustimmen wollte und konnte, kam es rasch zum Eklat.

Die durch die Sammlung aller bisher erreichbaren Materialien und eine extensive Presse-Auswertung sehr verdienstvolle Arbeit Grünewalds wird in ihrem wissenschaftlichen Wert durch eine arg zerbröselte Darstellungsweise und eine offen polemische Tendenz¹¹ gegen die Veranstalter und westdeutschen Teilnehmer der Konferenz bei einseitiger Beurteilung des ostzonalen Verhaltens leider stark gemindert.

Elmar Krautkrämer

⁹ Zitiert bei Grünewald, S. 137.

¹⁰ Zitiert bei Grünewald, S. 144f.

¹¹ Beispielsweise wenn er, S. 348, urteilt: „Das praktisch unbefriedigende Ergebnis auch der Münchener Rumpfkonzferenz zeigte klar genug, wohin es kam, wenn man auf die ehrliche demokratische Auseinandersetzung im politischen Raum verzichtete. . . . Vor die Wahl gestellt, sich zwischen den Forderungen der zentralistischen SED und der ebenso zentralistisch denkenden SPD-Parteiführung zu entscheiden, votierten aus panischer Angst vor dem Kommunismus die deutschen Föderalisten für die SPD und entpolitisierten die Konferenz. In ihrer Stellung zwischen den Fronten versuchten sie nicht einmal, einen allseits annehmbaren Kompromiß zu erreichen und damit ihre politische Stellung zu verstärken.“